

Behring-Tunnel durchgefallen

Zwiespältige Schlussfolgerungen aus Verkehrsprognosen

Seite 4

PDS/Marburger Linke im Dialog

Diskussion über Stadtentwicklung und Arbeit auf 1. Forum

Seite 5

Ist das Boot nun leer, Herr Schily?

Wenn die Wirtschaft ruft, öffnen sich die Grenzen

Seite 9

Ein Volk von AktionärInnen?

Wer entlassen wird, darf sich auf Aktiengewinne freuen

Seite 11

Geheimsache Sozialhilfe

Aus Kostengründen kommt die Stadt ihrer Informationspflicht nicht nach

„Was Du nicht weißt, macht Dich nicht heiß.“ Nach diesem Motto verfährt die Stadt Marburg, wenn es darum geht, wie es in einer sozialen Notlage Informationen über ihr Recht auf Sozialhilfe vorzuenthalten. Millionen werden dadurch eingespart.

Das Informationsangebot der Stadt Marburg ist reichhaltig. Hochglanzbroschüren zur Stadtentwicklung, Heftchen zum Baurecht, Faltblätter zum neuen Schwimmbad sind überall zu finden. Nach Informationen zur Sozialhilfe sucht man vergeblich.

Im Rathaus liegen viele Materialien aus, aber nichts zur Sozialhilfe. Fehlanzeige auch beim Arbeits- und beim Gesundheitsamt. Im Stadtbüro erfährt man, dass über Sozialhilfe-Infos nichts bekannt sei. Wer glaubt, dass im Sozialamt die Informationspolitik besser sei, sieht sich getäuscht. Während Stadträtin Kober nicht müde wird, von den „KundInnen“ ihres Amtes zu reden und zu versichern, dass Sozialhilfe kein Almosen sei, ist von Kundenfreundlichkeit auf den trostlosen Fluren wenig zu bemerken. Die meiste Zeit ist es für den Publikumsverkehr geschlossen, und auch hier liegt kein Infomaterial aus. Von einer freundlichen Sachbearbeiterin wird man erst mal abgewimmelt. Aber immerhin hat sie schon von einer Sozialhilfebroschüre gehört, die sie bei den KollegInnen dann besorgen kann.

Das Heftchen der Bundesregierung „Das Sozialrecht“ hat einen abschreckenden Titel, ist aber empfehlenswert. Früher hieß es „Sozialhilfe – Ihr gutes Recht.“ Dass es nirgendwo ausliegt, ist typisch. So fehlt z.B. auch eine Übersicht über zusätzliche Sozialleistungen der Stadt, wie den Arbeitslosen- und Stadtpass oder über andere Beratungs- und Informationsmöglichkeiten. Eine Liste der einmaligen Leistungen für Beziehenden von Sozialhilfe ist selbst auf Nachfrage nicht zu erhalten.

Damit verstößt die Stadt gegen ihre Aufklärungspflicht. Laut § 13 Sozialgesetzbuch I ist eine allgemeine Unterrichtung der Bevölkerung über ihre Rechte und Pflichten nach dem Bundessozialhilfegesetz vorgeschrieben. Sie kann in Form von Informationsschriften, Merkblättern, Plakaten, Zeitungsanzeigen usw. er-

folgen. Nichts davon findet in Marburg statt. Nicht mal das stadteigene Blättchen „Studier mal Marburg“ leistet hierzu einen Beitrag. Wer also etwas über seine Rechte erfahren will, muss im Sozialamt vorsprechen und hoffen, dass er laut Gesetz umfassend beraten wird.

Fortsetzung Seite 3

Parteitag der Rücktritte

Konflikt um Friedenspolitik überschattete Hauptthemen



Seine letzte Parteitagsrede? Gysi erklärte in Münster seinen Rückzug als Fraktionschef

Mit ihrem ersten Parteitag im Westen wollte sich die PDS Anfang April als gesamtdeutsche Partei profilieren. Die Ankündigung Gysis und Biskys, von der Spitze abzutreten, und ein Streit über die Friedenspolitik machten diese Absicht zunichte.

Die für Münster geplanten Schwerpunktthemen Nord-Süd, Ökologie und Feminismus wurden von den Ereignissen an den Rand gedrängt: Am Freitag erklärte der Parteivorsitzende Lothar Bisky, satzungsgemäß nicht für eine weitere Amtsperiode zur Verfügung zu stehen; tags darauf unterlag der Parteivorstand in der

Abstimmung zu friedenspolitischen Positionen; am Sonntag erklärte Gregor Gysi, dass er im Herbst nicht mehr für den Fraktionsvorsitz kandidiere und seine Bundestagskarriere mit Ablauf der Legislaturperiode zu Ende sein werde.

Damit fielen drei voneinander unabhängige Ereignisse zusammen, die von den Medien als eine existentielle Krise der PDS gedeutet wurden.

Die Nachfolge für beide Positionen ist noch nicht geregelt und potenzielle KandidatInnen werden nur schwer in die Fußstapfen ihrer Vorgänger passen. Eine Führungskrise ist nicht abzustreiten.

Fortsetzung Seite 2

Sackgasse Mittelweg

Der Behringtunnel ist tot und auf den Straßen soll mehr Raum für Busse, Räder und FußgängerInnen geschaffen werden. Die Vorschläge der Gutachter und der Projektgruppe für den Verkehrsentwicklungsplan klingen gut. Sie kaschieren aber eine Trendwende der Verkehrspolitik. Nicht mehr um die Verringerung des Pkw-Verkehrs soll es gehen, sondern um seine „straßenräumliche Verträglichkeit“. Im Leitbild des Verkehrsforums, das vom Stadtparlament verabschiedet wurde, war noch von der Verlagerung des Pkw-Verkehrs auf umweltfreundliche Verkehrsmittel die Rede. Es verlangte gleichzeitig Verbesserungen für den Umweltverbund und Beschränkungen für den Autoverkehr. Die Gutachterfirma testete aber nur die Alternativen: Förderung des Pkw-Verkehrs (Behringtunnel) oder Verbesserungen für den Umweltverbund. Das war wohl der kleinste gemeinsame Nenner, auf den sich Verkehrsinitiativen und Wirtschaftsverbände in der Projektgruppe einigen konnten. Denn bei Themen wie Sektorisierung oder Parkraumverknappung vermuten die Gewerbevertreter einen Angriff auf ihre Geldbörse. Der Mittelweg der hier beschritten wurde, führt geradeaus in die Sackgasse.

Die Schräglage der Testszenarien wird von ihrer Interpretation noch übertroffen. Obwohl das Umweltverbund-Modell mögliche Umsteigeanreize, wie Fahrpreissenkungen oder die Einführung einer Straßenbahn außer acht ließ, ergaben die Prognosen, dass es als einziges den Autoverkehr um 10 Prozent verringern würde. Dennoch wird es, ebenso wie der Behringtunnel, als zu unwirksam und zu teuer verworfen. Die Kosten, die der wachsende Pkw-Verkehr durch Gesundheitsschäden, Umwelterstörung und Straßenbau verursacht, spielen keine Rolle.

Während OB Möller auch nach zwei negativen Gutachten unbelehrbar am Tunnel festhält, sind die Empfehlungen ganz nach dem Geschmack der Sowohl-als-auch-Partei SPD. Der totale Ausbau des ÖPNV, so Bürgermeister Vaupel, bringe nichts. Nico Biver

Was fehlt?

Austritt aus der SPD

Manfred Herzog, ehemaliger Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Cappel ist aus seiner Partei ausgetreten. Er kritisierte die Umwandlung der Stadtwerke in eine Kapitalgesellschaft, da sie bei einem politischen Wandel die Gefahr birgt, „dass das Unternehmen verkauft wird und Arbeitsplätze abgebaut werden.“ Wenn die europäischen Vorgaben zur Privatisierung zwingen, müsse man eben die Europapolitik überdenken.

Marburg auf's Abstellgleis?

Die Rationalisierungspläne der Bahn werden voraussichtlich auch Verschlechterungen für Marburg und die Region bringen. Zu den nicht profitablen Strecken, die sie abstoßen will, gehören auch Marburg-Cölbe-Frankenberglern und Marburg-Sarnau-Biedenkopf. Ob sie von einer Regionalbahnfirma übernommen oder stillgelegt werden, wie früher schon die Marburger Kreisbahn und die Strecke Niederwalgern-Herborn, wird von Finanzierungsmöglichkeiten abhängen.

Da auch der Inter-Regio defizitär ist, will die Bahn eine Finanzierung durch das Land erreichen. Dann würde ein Regional Express oder ein Inter-Regio Express mit Doppelstockwagen verkehren.

Möller anti-neoliberal

OB Möller hat sich hinter die Forderung des Deutschen Städtetages gestellt, dass die Bundesregierung die Pläne der EU ablehnen solle, künftig zu verbieten, dass die Stadtwerke durch Gewinne in andere Sparten die Defizite beim öffentlichen Nahverkehr ausgleichen. Er wandte sich ebenfalls gegen die Bestrebungen der EU, den ÖPNV künftig öffentlich auszuschreiben. Die Kommunen müssten das Recht behalten, Verkehrsleistungen anzubieten. Nur so könne verhindert werden, dass Wirtschaftlich weniger attraktive Linien nicht mehr bedient würden.

Sozialistische Bildung

Der Arbeitskreis „Grundlagen sozialistischer Politik“ wird mit einem neuen Konzept seine Tätigkeit wieder aufnehmen. Vor dem Hintergrund der Programmdiskussion in der PDS wollen die TeilnehmerInnen aktuelle Themen aus dem Programm aufgreifen und anhand anderer Texte näher beleuchten. Dazu zählen die Punkte „Demokratisierung“ und „Ökologie“.

Das erste Treffen findet am 2. Mai, 19.30 Uhr im PDS-Büro statt. Der AK ist offen für alle Interessierten.

Fortsetzung von Seite 1

Parteitag der Rücktritte

Die Entscheidung auf dem Parteitag zwischen zwei friedenspolitischen Anträgen wurde von den Medien als richtungsweisend für die Programmdebatte interpretiert. Der Antrag der Parteispitze unterlag mit 126 zu 219 gegen eine Entschließung, die von einem breiten Bündnis von Kommunistischer Plattform (KPF) über PazifistInnen bis zu Landtagsabgeordneten, denen man schwerlich Dogmatismus vorwerfen kann, getragen wurde. So hatten es die Medien leicht, aus der Entscheidung gegen die Vorstandsmehrheit einen Richtungswechsel zu deuten – gegen Realpolitik, für Dogmatismus. Dabei hat die PDS den Richtungsstreit noch vor sich. Im Medienrummel untergegangen ist der Beschluss des Parteitages, die Programmdebatte fortzuführen.

Ausgangspunkt der friedenspolitischen Debatte war ein Streit in der Bundestagsfraktion, wie man sich zum UN-Militäreinsatz in Ost-Timor verhalten solle. Im November 1999 wurde deshalb auf einer Klausurtagung bei zwei Enthaltungen beschlossen, UNO-mandatierte Kampfeinsätze nicht prinzipiell abzulehnen, sondern abhängig von den konkreten Umständen zu entscheiden. Eine Beteiligung der Bundeswehr wurde allerdings generell abgelehnt. Eine ähnliche Haltung bezog anschließend auch der PDS-Bundesvorstand. Im Gefolge dieser Entscheidungen hagelte es Proteste, und die Debatte um die friedenspolitische Ausrichtung der PDS schaukelte sich derart auf, dass ein Kompromiss nicht mehr möglich war, und der Parteitag entscheiden musste. Unterstellungen auf beiden Seiten sorgten dafür, dass das gegenseitige Vertrauen Schaden nahm.

Manche warfen der Mehrheit in Fraktion und Vorstand vor, sie wollten sich bei den Regierungsparteien anbiedern und würden bald auch Auslandseinsätzen der Bundeswehr zustimmen. Obwohl sie in der Bundestagsfraktion nicht gegen den Beschluss gestimmt hatten, bestärkten auch Abgeordnete die Befürchtungen, die PDS könne denselben Weg einschlagen wie SPD und Grüne.

Auf dem Parteitag hatte der Vorstand einen Antrag vorgelegt, nach dem die PDS im Ausnahmefall, der von konkreten Umständen abhängig gemacht wurde, auch UNO-mandatierte Kampfeinsätze nach Kapitel

7 der Charta akzeptieren könnte. Die Zustimmungsfähigkeit wurde sehr genau eingegrenzt und deutlich gemacht, dass Krieg nie ein Mittel zur wirklichen Lösung eines Konflikts sein kann. In jedem Fall mit stichhaltigen Gründen und nicht aufgrund eines Prinzips sollte ein Einsatz abgelehnt werden können. Das Vorstandsmitglied Michael Schumann dazu in der Begründung des Antrags: „Die Fähigkeit zur hinreichend objektiven Analyse und richtigen poli-



Parteichef Lothar Bisky und die thüringische Landesvorsitzende Gabi Zimmer

tischen Bewertung müssen wir den demokratisch gewählten Beschlusskörperschaften und Fraktionen grundsätzlich schon zubilligen, sonst müssten wir gleich den Offenbarungseid leisten. Vor Fehlern sind wir nicht gefeit. Aber eine sozialistische Partei kann nicht nach der Maxime handeln: 'Begeben wir uns nur nicht in Gefahr, wir könnten darin umkommen!'

Pazifistische Haltung bekräftigt

Dagegen stand ein Antrag der stellvertretenden PDS-Vorsitzenden Sylvia-Yvonne Kaufmann, der eine Zustimmung zu UNO-Kampfeinsätzen grundsätzlich ausschloss. In ihrer Rede begründete sie: „Beim Völkerrecht ist es wie bei vielen Dingen des Lebens: die Medaille hat zwei Seiten. Die eine ist das Recht, die andere die politische Realität. Das Handeln pro oder contra Völkerrecht wird bestimmt durch Macht und Interessenlagen von Staaten und deren Eliten. Politische und vor allem ökonomische und militärische Interessen dominieren. Und beim Völkerrecht ist es nicht anders als im normalen Leben – 'Recht haben' heißt noch lang nicht 'Recht bekommen'.“

Den Ausgang der Abstimmung quittierten manche mit Überreaktionen. Bei nüchterner Betrachtung bestand dazu wenig Anlass.

Denn es standen zwei Friedensresolutionen zur Abstimmung wie auch Sylvia-Yvonne Kaufmann betonte. Mit dem jetzigen Beschluss hat die PDS eine pazifistische Haltung bekräftigt, mit der bisher alle leben konnten und die sich in der weiteren Praxis bewähren muss. Die Tatsache, dass die Basis auch mal einen anderen Weg einschlägt als den von der Spitze vorgegebenen, unterscheidet die PDS nicht nur von der Vorgängerpartei SED sondern auch von den anderen Parteien, wie die CDU kurz danach unter Beweis stellte.

Gregor Gysi warnte in seiner, wie er betonte, letzten Rede auf einem Parteitag die Delegierten davor, die Akzeptanz in der Gesellschaft, die mittlerweile erreicht sei, zu verspielen. Er plädierte für eine weitere Öffnung in die Gesellschaft und eine Auseinandersetzung mit den aktuellen Problemen der Menschen, denn: „Wir müssen heute anfangen, etwas zu verändern. Die Leute können nicht hundert Jahre warten.“

Ob dieser Parteitag eine Krise eingeleitet hat oder nicht, wird erst die nächste Zeit entscheiden: Gelingt eine programmatische Weiterentwicklung, gelingt die Öffnung in die Gesellschaft und gelingt der Wechsel an der Spitze ist das Projekt PDS, eine sozialistische Partei in der BRD, auf dem besten Wege. Pia Maier

Informationen zum Parteitag gibt es im Internet unter <http://www.pds-online.de> und in einer Broschüre, die im PDS-Büro erhältlich ist.

PDS will in den Kreistag

Mindestens zwei Mandate will die PDS bei den Kreistagswahlen im März 2001 erzielen. Die Mitgliederversammlung der PDS Marburg-Biedenkopf beschloss am 11. April einmütig, an der Wahl teilzunehmen. Unter den etwa 30 KandidatInnen, die sie gewinnen will, sollen auch zahlreiche Personen sein, die nicht der Partei angehören.

1997 hatte die PDS bei den Kreistagswahlen 1,8 Prozent erzielt. Ohne Fünf-Prozent-Hürde und bei wachsender Akzeptanz dürften zwei Mandate sicher sein.

Eine Arbeitsgruppe, die offen für alle Interessierten ist, wird den Wahlkampf vorbereiten und bis zu den Sommerferien einen Programmentwurf vorlegen. Sie tagt zum ersten Mal am 9. Mai um 18 Uhr im Marburger PDS-Büro.

Fortsetzung von Seite 1

Geheimsache Sozialhilfe

Aus Kostengründen kommt die Stadt ihrer Informationspflicht nicht nach

Indem die Stadt die BürgerInnen nicht über die Sozialhilfe informiert, erreicht sie, dass viele BürgerInnen nichts über ihre Rechte wissen und in einer materiellen Notlage keine öffentliche Unterstützung beantragen. Wie „Marburg extra“ am 9. Februar berichtete, „nehmen rund die Hälfte der Berechtigten die Sozialhilfe aus Scham oder anderen Gründen nicht in Anspruch.“ Dies entspricht in etwa den Ergebnissen einer Untersuchung der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung von 1998, die feststellte, dass auf 100 SozialhilfeempfängerInnen weitere 110 kommen, die ihre Rechte nicht wahrnehmen.

Mangelnde Information ist ein Grund dafür. Der andere ist die öffentliche Stigmatisierung derjenigen, die „Stütze“ beziehen, als Faulenzer und Abzocker. Dabei stehen die allermeisten SozialhilfeempfängerInnen dem Arbeitsmarkt gar nicht zur Verfügung. Vierzig Prozent sind Kinder. Einen hohen Anteil machen



Demo gegen Sozialabbau 1998

Henning Köster

alleinerziehende Mütter und alte Menschen aus.

Eine bessere Information der Bevölkerung würde nicht nur den Betroffenen einen Weg aus ihrer Notlage aufzeigen, sondern Vorurteile in der Bevölkerung abbauen und deutlich machen, dass Sozialhilfe tatsächlich kein Almosen ist.

Zu diesem Zweck hatte die PDS/Marburger Linke bereits 1998 einen Antrag im Stadtparlament eingebracht, an alle Haushalte die Broschüre der Bundesregierung sowie ein Faltblatt über das Marburger An-

gebot an zusätzlichen Leistungen und Beratungsmöglichkeiten zu verteilen.

Alle anderen Fraktionen lehnten dies ab. Obwohl bei der Öffentlichkeitsarbeit sonst nicht geheizt wird, war manchen die Aktion zu teuer. Andere hielten die Broschüre für veraltet oder meinten, die Sozialinitiativen könnten die Informationsaufgabe übernehmen.

Um das Kostenargument zu entkräften, hat die Fraktion der PDS/Marburger Linke jetzt einen sehr bescheidenen Antrag vorgelegt. Danach soll die Broschüre lediglich im Sozialamt, Rathaus, Stadtbüro und Gesundheitsamt ausgelegt werden. Dennoch wird aller Voraussicht nach der Antrag in der Stadtparlamentsitzung vom 28. April von allen anderen Parteien abgelehnt werden.

Daraus lässt sich nur eine Schlussfolgerung ziehen. Auf Kosten der Ärmsten – d.h. vor allem von Kindern und Frauen – soll verhindert



werden, dass die Löcher im Stadthaushalt noch größer werden.

Die PDS/Marburger Linke wird deshalb mit eigenen Mitteln versuchen, die Bevölkerung zu informieren. Dazu zählt die Sozialberatung, die jeden Mittwoch um 18 Uhr in ihrem Büro stattfindet. Artikel in dieser Zeitung werden zumindest einen Teil dessen nachzuholen, was die Stadt versäumt. Heiner Walter



Im Rathaus: keine Infos zur Sozialhilfe

Gefragt & beantragt

ZwangsarbeiterInnen

Ein Antrag der PDS/Marburger Linke, ZwangsarbeiterInnen, die unter dem Faschismus nach Marburg verschleppt worden waren, eine Entschädigung der Stadt zukommen zu lassen, wurde vorläufig auf Eis gelegt.

Das Stadtparlament bewilligte am 31. März mit den Stimmen aller Fraktionen 10.000 DM, um durch die Geschichtswerkstatt erforschen zu lassen, welche AusländerInnen zwischen 1939 und 1945 Zwangsarbeit in Marburg leisteten. Nach Beendigung dieses Projektes soll eine Informationsveranstaltung stattfinden und über Entschädigungsmöglichkeiten beraten werden.

Rollstuhlgerechte Empfänge

Die Stadt wird sich künftig bemühen,

Empfänge, Ehrungen usw. nicht mehr im Historischen Rathaussaal sondern im Erdgeschoss durchzuführen, damit auch RollstuhlfahrerInnen daran teilnehmen können. Das versicherte Bürgermeister Egon Vaupel in der Antwort auf eine kleine Anfrage von Eva Gottschaldt (PDS/Marburger Linke).

Die Probe auf's Exempel folgte am 10. April als er dem DGB-Geschäftsführer Rüdiger Stolzenberg den Ehrenbrief des Landes Hessen für seine langjährige ehrenamtliche Tätigkeit beim Landesarbeitsgericht überreichte.

Kein Pardon für armenische Flüchtlinge

Mit einem Dringlichkeitsantrag wollte die PDS/Marburger Linke auf der Stadtparlamentsitzung vom 31. März erreichen, dass der Magistrat sich dafür einsetzt, dass die armenische Familie Avdalian nicht in ihr Herkunftsland abgeschoben wird. Die Familie, die seit sechs Jahren in Michelbach lebt, stand kurz vor der Abschiebung nachdem ihr Asyl-

trag ablehnt worden war. Eine Bürgerinitiative in Michelbach, der Ortsvorsteher Peter Zöfel (CDU) und der Pfarrer Maik Gibhardt engagieren sich für ein Bleiberecht der Familie, deren Sicherheit in Armenien sie als gefährdet ansehen.

Die CDU-Fraktion verhinderte, dass der Antrag in die Tagesordnung aufgenommen wurde. Um der Ausweisung zu entgehen ist die Familie inzwischen untergetaucht.

Grün für Ampelanlage

Über zwei Jahre nachdem der Stadtverordnete Henning Köster (PDS/Marburger Linke) erstmals auf die Notwendigkeit einer zusätzlichen Ampelanlage an der Kreuzung Bahnhofstraße, Robert-Koch-/Rosenstraße hingewiesen hatte, sollen jetzt Taten folgen. Einmütig stimmte das Stadtparlament einem Antrag der linken Fraktion zu, einen Fußgängerüberweg von der Hirsch-Apotheke zur Videothek zu schaffen. Wer heute von der Apotheke aus die Bahnhofstraße überqueren will, muß einen zeitraubenden Umweg über

drei Straßen nehmen oder unter Gefahr für Leib und Leben eine Abkürzung über die Mitte der Kreuzung nehmen.



Die PDS/Marburger Linke ist ein kommunalpolitisches Bündnis aus Einzelpersonen und der PDS. Sie ist seit 1997 mit vier Personen im Stadtparlament vertreten:

Eva Chr. Gottschaldt, Fraktionsvorsitzende, Tel. 961961, Fax 961960

Henning Köster, Stadtentwicklung, Verkehr, Tel. 65752

Pia Maier, Haushalt, Umwelt, Tel. 0177-3029285

Heiner Walter, Sozialpolitik, Tel. 22171

Fraktionsbüro: Weidenhäuser Str. 78-80, 35037 Marburg, Tel./Fax: 163873

Offenes Plenum, jeweils am 1. Donnerstag und 3. Dienstag im Monat, 20.00 Uhr, Fraktionsbüro

Behring-Tunnel durchgefallen

Gutachter ziehen zwiespältige Schlussfolgerungen aus Verkehrsprognosen



Nico Biver

Mit dem Behring-Tunnel würde die Ketzlerbach kaum entlastet

Ein Ausbau des ÖPNV würde die Straßen im nordwestlichen Marburg ebenso viel entlasten wie der Bau des millionenschweren Behringtunnels. Zu diesem Ergebnis kommen die Prognosen, die für den Verkehrsentwicklungsplan (VEP) erstellt wurden. Aber während beim Tunnel-Szenario der Pkw-Verkehr nur verlagert würde, würde er im anderen Fall real zurückgehen.

Die Verkehrsprognosen sind gar nicht nach dem Geschmack Oberbürgermeister Möllers und seiner CDU, die seit Jahren den Tunnel zu ihrem Markenzeichen erkoren haben. Nach dem Motto „es kann nicht sein, was nicht sein darf“ erklärte der

des Behringtunnels oder den Ausbau des ÖPNV würde jeweils zwischen 15 bis 20 Prozent betragen. Als unterlegen erweist sich der Tunnel aber gerade dort, wo seine BefürworterInnen sich starke Entlastung erhofft hatten. Während bei beiden Modellen der Verkehr in der Ketzlerbach um ein knappes Viertel zurückgehen würde, würde beim Bau des Behringtunnels der Marbacher Weg gerade mal um vier Prozent entlastet (gegenüber 23 Prozent beim ÖPNV-Ausbau). Durch die Sogwirkung des Tunnels hätte die Emil-von-Behring-Straße in Marbach einen Zuwachs von einem Drittel zu verkräften.

Solche Ergebnisse führen auch bei der „Bürgerinitiative Marbachtunnel“ noch nicht zum Umdenken. Ihr Sprecher Dieter Jöckel meinte, man betrachte das Gutachten sowieso mit „gemischten Gefühlen“.

Keine Interpretationsmöglichkeiten lässt die Untersuchung für das von den Bürgern für Marburg favorisierte Modell einer Westtangente. Die Entlastungswirkung ist fast null.

Das jetzige Gutachten wurde im Rahmen der Erstellung eines Verkehrsentwicklungsplans für die Nordstadt und den Marburger Westen erstellt. Ein VEP für den

ist und die dabei vom Aachener Büro für Stadt- und Verkehrsplanung (BSV) unterstützt wird. Das Untersuchungs- und Planungsgebiet wurde anschließend auf den Marburger Westen ausgeweitet, nachdem die rot-grüne Mehrheit gegen den Willen der CDU beschlossen hatte, ein Gutachten zur Versachlichung der Diskussion über die dortigen Verkehrsprobleme in Auftrag zu geben.

Nach einer Verkehrszählung stellte das BSV im Herbst 1999 der Öffentlichkeit zwei Testszenarien mit zwei Untervarianten vor (siehe Kästen). Aus den Ergebnissen dieser Tests zogen die VEP-Projektgruppe und das BSV die Schlussfolgerung, dass weder Behringtunnel noch ein massiver Ausbau des ÖPNV eine nennenswerte Verbesserung der „strassenräumlichen Verträglichkeit“ zur Folge hätte. Diese setzt die „Kfz-Belastungen in Kontext zu den strassenräumlichen Bedingungen (Querungsmöglichkeiten für Fußgänger, Bedingungen für Fußgänger im Längsverkehr, Flächen für Radverkehr...)“. Sie würde hingegen durch „Maßnahmen der städtebaulichen Integration, indem z.B. die Flächen neu auf die einzelnen Verkehrsarten aufgeteilt werden, gestalterische Maßnahmen ergriffen oder zusätzliche Querungshilfen angeboten werden“ eindeutiger verbessert werden. Es wird empfohlen, den ÖPNV nicht flächendeckend sondern nur dort zu fördern, wo die größte Entlastung erzielt werden könnte.

Die Empfehlung, die von Bürgermeister Vaupel sogleich als Bestätigung der Ansichten der Koalition dargestellt wurde, entpuppt sich jedoch bei näherer Betrachtung als fauler Konsens zwischen den VertreterInnen der Verkehrsinitiativen und der Wirtschaft in der Projektgruppe, der es jedem recht machen und nie-

mandem weh tun will. Das Konzept der strassenräumlichen Verträglichkeit greift viel zu kurz. Es ist zwar sinnvoll für RadfahrerInnen, FußgängerInnen und den ÖPNV bessere Bedingungen zu schaffen, den AnwohnerInnen hilft das aber wenig, wenn gleichzeitig der Pkw-Verkehr weiter zunimmt. Im Leitbild des Verkehrsforums, das vom Stadtparlament absegnet wurde, wird einerseits gefordert, eine Politik der Verkehrsvermeidung zu verfolgen, und dort wo es nicht gelingt, soll er „soweit wie möglich auf umweltfreundliche Art betrieben werden. Dies bedeutet eine Verlagerung von Autoverkehr auf die emissionsfreien bzw. -reduzierten Verkehrsmittel des Umweltverbundes, so dass eine deutliche Reduzierung des motorisierten Verkehrs eintritt.“ Um die Klimaziele der Bundesregierung zu erreichen, müsste der Pkw-Verkehr um mindestens 50% verringert werden.

Von diesen Zielen hat man sich offensichtlich verabschiedet. Der Pkw-Verkehr soll „strassenraumverträglich“ weiter wachsen, mehr Lärm und Abgase erzeugen dürfen – mit den zu erwartenden Schäden für Mensch und Umwelt und den Kosten für Straßenbau und Parkraumbereitstellung.

Wachsende Autolawine

Die Untersuchungen der BSV haben ergeben, dass 1999 täglich 221.000 Wege im Pkw in Marburg zurückgelegt wurden, ein Anstieg um 43% seit 1982. Bis 2010 wird diese Zahl auf 243.000 wachsen, wenn nicht mehr getan wird, als bereits geplante Maßnahmen für den ÖPNV und den Radverkehr umzusetzen. Der Anteil des ÖPNV würde gleich bleiben. Die Prognose für einen massiven Ausbau des ÖPNV ergibt immerhin eine Stabilisierung des Pkw-Verkehrs auf dem Niveau von 1999 obwohl dieses Modell erhebliche Schwächen hat. Eine Direktbuslinie für Beschäftigte der Behringwerke wurde ebenso wenig erwogen wie die Wiedereinführung der Straßenbahn.

Nico Biver

Szenarien für die Verkehrsprognosen

Motorisierter Individualverkehr

Öffentlicher Personennahverkehr

Fuß-/Radverkehr

Szenarien A1/A2

Szenario A1: Bau des Behringtunnels
Szenario A2: Bau der Westtangente
Veränderte Verkehrsführung Nordstadt
Anpassungen im M.V.-Netz

Verbesserungen im bestehenden Bussystem im Sinne des Nahverkehrsplanes

Punktuell e Verbesserungen für den Fußgängerverkehr
Ausbau des Radverkehrsnetzes in Anlehnung an das Radverkehrskonzept

Szenarien B1/B2

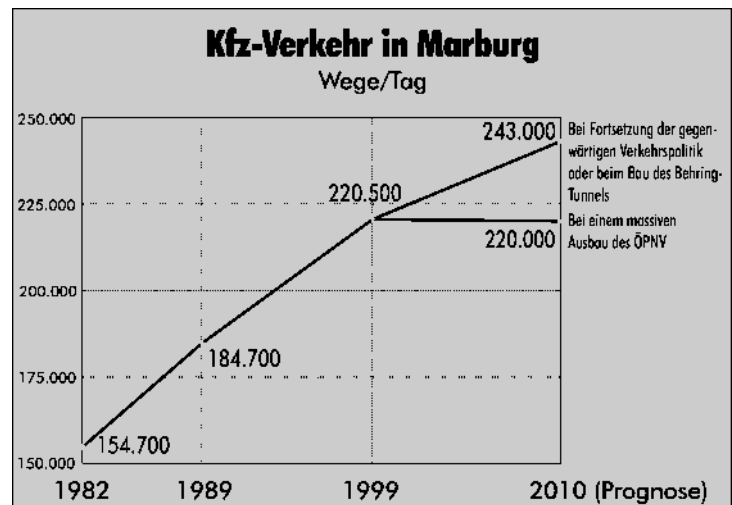
Szenario B1: Wehrdter Weg Fahrradstraße
Szenario B2: Sperrung Hohe Lauchie
Veränderte Verkehrsführung Nordstadt
Anpassungen im M.V.-Netz
Einführung von Tempo 30

Aufbau eines City-Express-Linien-Netzes
Taktverdichtung des bestehenden Bus-Netzes
Vorrang für Busse in verschiedenen Straßenabschnitten

Konsequente Förderung des Fußgängerverkehrs durch Flächenausweitung und Überquerungshilfen
Ausbau eines zusammenhängenden Radverkehrsnetzes mit leistungsfähigen Fahrradachsen

OB, „aus dem Zwischenergebnis kann sich jeder das herauslesen, was ihm passt.“ Dabei sprechen die Zahlen eine eindeutige Sprache. Der Rückgang des Pkw-Verkehrs in den untersuchten Straßen im Marburger Norden und Westen durch den Bau

burger Verkehrsforum vorgeschlagen und einmütig vom Stadtparlament auf den Weg gebracht worden. Seine Ausarbeitung obliegt einer Projektgruppe, die aus VertreterInnen des Verkehrsforums und der Stadtverwaltung zusammengesetzt



PDS/Marburger Linke im Dialog

Initiativen und PDS/Marburger Linke diskutierten über Stadtentwicklung und Arbeit

Ein reger Austausch über Stadtentwicklung und Arbeitsplätze fand am 1. April im DGB-Haus statt. Unter den knapp 20 TeilnehmerInnen des 1. Forums „PDS/Marburger Linke im Dialog“ befanden sich etwa gleich viel ehrenamtlich oder beruflich Engagierte und AnhängerInnen des linken Kommunalbündnisses. Angesichts der Verklammerung der beiden Politikfelder entwickelte sich die Diskussion ohne die ursprünglich vorgesehene Einteilung in Arbeitsgruppen.

Die Frage nach einem „Leitbild“ für die Stadt stand am Anfang. Marburg eine Stadt, die durch die Universität und ihre Kliniken bestimmt ist – „Göttingen hat eine Universität, Marburg ist eine Universität“ – dazu die Stadt als Schulstand-

Gewerbeflächen. Zur Unterstützung des regionalen Baugewerbes wurde eine Initiative zur Erneuerung der Heizanlagen in den öffentlichen Gebäuden der Stadt diskutiert. Mit den eingesparten Energiekosten könnten die Investitionskosten eines solchen Vorhabens amortisiert werden.

Die Forschungs- und Wissenspotenziale der Universität müssten aktiviert, die Zusammenarbeit mit der regionalen Wirtschaft gefördert werden. Ein kommunaler Investitionsfonds, der das regionale Kreditgewerbe einbezieht, könnte die Gründung von Unternehmen aus der produktiven Substanz von Stadt und Region fördern und auch bei vorübergehenden „Schieflagen“ helfen.

Skeptisch wurde die Expansion des Marburger Einzelhandels außerhalb seiner traditionellen Standorte eingeschätzt. Bei den vorbereitenden

einig, dass sich hier Fehlentwicklungen wie sie im Falle des „Erlenring-Centers“ und des „Feeser-Projektes“ erfolgten, nicht wiederholen dürften. Vertreter des „Aktionsforums Stadtentwicklung“ stellten dar, wie sich dieses Projekt entwickelt hat. Die ursprünglichen Entwürfe verschiedener Architekturbüros, noch in der Zeit des OB Drechsler, sahen eine behutsame, an die vorhandene Struktur Weidenhausens angepasste Entwicklung des Geländes, ohne großflächigen Einzelhandel, mit überwiegender Wohnbebauung vor. Im Fortgang und unter der Ägide neuer „Stadtherren“ verschwanden diese Entwürfe in der Versenkung, und heraus kam das gegenwärtige „Feeser-Projekt“, das als „künstliches Herz an der falschen Stelle“ bezeichnet wurde.

Eine der Voraussetzungen, um derartiges zu verhindern, sei eine qualitative Ausweitung und Verbesserung der BürgerInnenbeteiligung bei der Stadtentwicklungsplanung. Dabei müssten außerdem Wege gefunden werden, wie andere „Großgrundbesitzer“ in der Stadt – wie Land, Bund und Kirche – in die Stadtplanung einbezogen werden könnten.

Dass sich bei der BürgerInnenbeteiligung etwas verändern müsse, sehen mittlerweile auch SPD und CDU ein. Die PDS/Marburger Linke hat deshalb einen Antrag zur Demokratisierung der Stadtplanung vorerst auf Eis gelegt, um die Ergebnisse der Diskussion zwischen den einzelnen Fraktionen abzuwarten.

Da verschiedene Fragestellungen bei diesem ersten Forum nur angerissen werden konnten und z.B. Themen wie der öffentlich geförderte Beschäftigungssektor und die Unterstützung regionaler Wirtschaftskreisläufe aus Zeitmangel nicht zur Sprache kamen, soll die Diskussion in anderem Rahmen fortgesetzt werden.

Eberhard Dähne



Nico Biber

Steine des Anstoßes: Feeser-Center im Modell (Sicht aus Richtung Weidenhausen)

ort für einen weiten Einzugsbereich? Die zentrale Rolle dieser Institutionen als dem Haupt-„basic“-Sektor der Stadt blieb unbestritten. Durch die 7.300 Beschäftigten des Landes (Mitte '98), die Beschaffungen der Universität und die 17.000 – 18.000 StudentInnen strömt Kaufkraft in die Stadt, von der große Teile des „non-basic“-Sektors (Handel und viele Dienste) abhängig sind.

Ergänzt wurde, dass es in Marburg aber auch 6.600 Arbeitsplätze im verarbeitenden Gewerbe gibt, die nur zum geringeren Teil von den Kaufkraftzuflüssen rund um die Universität abhängig sind. Rings um Marburg gäbe es zudem eine leistungsfähige und differenzierte Industrie.

Der kommunalen Wirtschaftspolitik wurde als Hauptaufgabe die „Bestandspflege“ zugewiesen, bei der mit dem Kreis und dem Umland zusammengearbeitet werden müsste. Das gilt auch für die Ausweisung von

und begleitenden Untersuchungen zur Sanierung der Marburger Altstadt und Weidenhausens hätte sich ergeben, dass die Instandsetzung und -erhaltung der Gebäudesubstanz mit dem Gedeihen des mittelständischen Einzelhandels an diesen Standorten eng verknüpft sei. Der Kreis Marburg-Biedenkopf ist in seinem Südtel auf Gießen und Wetzlar orientiert. Die Stadt zudem ringsum von Gemeinden umgeben, die erfolgreiche Anstrengungen zur Kaufkraftbindung unternehmen.

Alarmierend sei, dass die Einzelhandelskette Lidl & Schwarz ein größeres Grundstück am Afföller erwerben will. An diesem Standort dürfe auf keinen Fall Einzelhandel genehmigt werden. Zu vermuten sei, dass der Flächenerwerb im Hinblick auf die geplante „Entwicklung“ des Bahnhofs und seines Umfeldes erfolgt ist.

Die TeilnehmerInnen waren sich

BARFÜSSER STRASSE 50

Schwarzgeld an Marburgs CDU?

Auf die Frage des Stadtverordneten Pandelis Chatzievgeniou (SPD), ob die Marburger CDU oder OB Möller für die Kommunal- und OB-Wahlen in den neunziger Jahren Gelder von „schwarzen Konten“ der Landes-CDU erhalten hätten, antwortete Möller, er habe solche Mittel nicht erhalten. Ob die Marburger CDU illegale Zuwendungen bekommen habe, erwähnte er nicht.

Ficken in Berlin

Für Heiterkeit selbst in den Reihen der CDU sorgte die kleine Anfrage der CDU-Stadtverordneten Hannelore Gottschlich, die auf Wunsch des Parlaments als letzte beantwortet wurde: „Das Theater Gegenstand hat für seine neue Produktion 'Heiraten in Marburg, ficken in Berlin' geworben. Wie steht der Magistrat dazu, dass eine von der Stadt geförderte Einrichtung mit solcher Wortwahl meint, auf eine Produktion aufmerksam machen zu müssen?“

Bürgermeister Vaupel beschränkte sich in seiner Antwort auf den Hinweis, dass laut Grundgesetz die Kunst frei sei.

Haushaltssicherung durch Sozialabbau

Ein „Haushaltssicherungskonzept“ des Magistrats wurde auf der Stadtverordnetenversammlung vom 25. Februar von allen Fraktionen außer der PDS/Marburger Linke befürwortet. Sie stimmte dagegen, weil bis zum Jahr 2003 u.a. die Ausgaben für soziale Einrichtungen eingefroren werden. Angesichts steigender Preise und Personalausgaben komme die Festschreibung einer realen Kürzung gleich, betonte die Fraktionsvorsitzende Eva Gottschaldt.

Kein Schwimmbad mit Schiebedach

Als OB Möller erstmals von seinem neuen Antragsrecht Gebrauch machte, musste er am 25. Februar im Stadtparlament eine herbe Niederlage einstecken. Sein Anliegen, das Freibad zu erhalten und das kleine Becken mit einem Schiebedach zu versehen, wurde nur von der CDU unterstützt. Bürgermeister Vaupel wies darauf hin, dass die Kosten des Möller-Modells langfristig höher sein würden als beim geplanten Sport- und Freizeitbad, das von den anderen Parteien favorisiert wird.

PDS/Marburger Linke IM DIALOG

Samstags, 14.-18. Uhr, DGB-Haus

2. Forum – 29. April

AG 1: Sozialpolitik zwischen Markt und Menschenwürde

AG 2: Zukunft von Gesamtschule und integrativer Beschulung

3. Forum – 13. Mai

AG 1: Der Markt contra ökologische Verkehrs- und Energiepolitik

AG 2: Kulturpolitik für wen?

BARFÜSSER STRASSE 50

Rechte des Stadtwerkpersonals garantiert

Einstimmig hat das Stadtparlament am 31. März beschlossen, dass arbeits- und tarifvertragliche Rechte der Beschäftigten der Stadtwerke und ihre Arbeitsplätze gesichert werden sollen, wenn die Umwandlung der Stadtwerke in Kapitalgesellschaften, wie sie von allen Fraktionen außer der PDS/Marburger Linke betrieben wird, stattfinden sollte. Dies soll durch vertragliche Vereinbarungen oder in anderer Form (z.B. Auffanggesellschaft) geschehen.

Bereits im Januar hatte das Parlament auf Antrag von SPD und Grünen den Wunsch geäußert, dass die Rechte der Beschäftigten gewahrt werden sollen. Die Fraktionsvorsitzende der PDS/ML Eva Gottschaldt hatte damals kritisiert, dass allgemeine Appelle nicht viel ausrichten würden und konkretere Festlegungen angemahnt. Dies ist jetzt geschehen aber mit dem Pferdefuß, dass die Garantien nur für die jetzt Beschäftigten gelten. Bei Neueinstellungen werden Arbeits- und Tarifverträge mit wesentlich schlechteren Bedingungen gelten.

Ran an die Börse!

Sie spekulieren mittlerweile an der Börse und haben ein schlechtes Gewissen weil der Kurswert Ihrer Aktien oder die Dividende aufgrund von Personalabbau gestiegen ist. Ihnen kann geholfen werden: Sie spenden einen Anteil Ihres Gewinns (oder den ganzen) an die PDS. Die Hälfte der Summe bekommen Sie vom Finanzamt zurück, womit Sie dann wieder spekulieren und anschließend uns unterstützen können undsoweiter.

Sollten sie noch kein Aktienbesitzer sein und sollte es Ihnen ebenso wie uns zuwider sein, dass Menschen zu Kostenfaktoren degradiert werden, die man beliebig entlassen oder zwecks Gewinnmaximierung aus- oder einführen kann, sind auch Sie bei uns an der richtigen Stelle. Gehen Sie ran an Ihre Börse und lassen sie einen kleinen Obolus springen. Denn leider ist auch das Sägen an den Grundpfeilern des Profitsystems nicht kostenlos.

Spendenkonto:

PDS Marburg-Biedenkopf
Marburger Bank
Konto-Nr.: 53 12 43, BLZ: 53 39 0000



Verfllossene Burschenherrlichkeit: Marktfrühschoppen 1996

Marktfrühschoppen zum Letzten?

Rechtsextremisten wollen Burschenschaftergelage vor Protesten schützen

Geringe BesucherInnenzahlen und zunehmende Ablehnung prägen das Bild des Marktfrühschoppens in den letzten Jahren. Selbst verschiedene liberale Verbindungen haben eingesehen, dass das Konzept nicht mehr zeitgemäß ist und blieben der „deutschtümelnden“ Veranstaltung fern.

Dennoch wollen dieses Jahr einige Menschen aus dem Umfeld der Marburger Burschenschaften und Gastronomen der Oberstadt das „kürzeste Besäufnis der Republik“ am 2. Juli auf dem Marktplatz durchführen. Eine Genehmigung wurde von der Stadt erteilt.

Dieses Jahr droht eine weitere Zuspitzung der Situation, da aus dem rechtsnationalen Umfeld der Burschenschaften sich ein „Unterstützerkreis für den Marktfrühschoppen“ gebildet hat. Dieser will in diesem Jahr die Burschschafter vor den antifaschistischen Protesten schützen. Handlungsbedarf sieht Oberbürgermeister Möller dennoch nicht, wie eine kleine Anfrage der Fraktion der PDS/Marburger Linke im Stadtparlament am 31. März ergab.

Seine CDU steht weiterhin fest zum Marktfrühschoppen. Ein Antrag ihrer Fraktion, das Gelage ohne wenn und aber durchzuführen, fand jedoch

nicht den Weg ins Stadtparlament. Da eine Abstimmungsniederlage abzusehen war, hatte die Fraktionspitze ihn nicht weitergeleitet, was zu einem Eklat in der Fraktion führte.

Die Vorschläge verschiedener Initiativen und Gruppen, ein multikulturelles Fest für alle in Marburg lebenden Menschen auszurichten, wurde bisher immer von der Stadtverwaltung und insbesondere von OB Möller behindert.

Es wird wohl auch diese Jahr wieder Proteste geben und falls die Stadtverwaltung es nicht verhindert, auch ein multikulturelles, alternatives Fest. André Berg

HobbypolizistInnen unerwünscht

Soziale Probleme lassen sich nicht durch polizeiliche Maßnahmen lösen

Nicht nur im Stadtparlament stießen die Pläne der Hessischen Landesregierung, u.a. im Kreis Marburg-Biedenkopf den Einsatz von HilfspolizistInnen zu testen, auf mehrheitliche Ablehnung, sondern auch auf einer Veranstaltung des Gesprächskreises „Stadtentwicklung Marburg“ in der Volkshochschule am 6. April.

Unter dem Titel „Marburger Plätze – Stätten der Begegnung oder Orte ohne Sicherheit und Ordnung?“ diskutierten Vertreter der Ordnungsbehörden, der AIDS-Hilfe, des Diakonischen Werkes und Politiker sowie über 20 Gäste unter der Leitung von Gerhard Haberle. Dieter Oberländer vom Ordnungsamt erläuterte, dass die subjektiven Bedrohungsängste der Bürger in keinem Verhältnis

zur realen Sicherheitslage stünden. Die Kriminalität sei in den letzten Jahren in Marburg konstant geblieben.

In der Diskussion wurde deutlich, dass es sich bei den Ansammlungen von Obdachlosen und Drogenabhängigen auf öffentlichen Plätzen weniger um ein sicherheitspolitisches als um ein soziales Problem handelt. Statt für Videoüberwachung und Platzverweise wurde auch seitens der Vertreter von Polizei und Ordnungsamt für Streetworker und eine Kontaktmöglichkeit für Obdachlose in der Stadtmitte plädiert. Dass auch eine getrennte Anlaufstelle für Drogenabhängige notwendig ist, wie sie die AIDS-Hilfe fordert, blieb unwidersprochen. Uli Severin (SPD), der ein engagiertes Plädoyer für solche

Lösungen gehalten hatte, erklärte jedoch, dass für die meisten dieser Maßnahmen kein Geld vorhanden sei.

Dies gilt offenbar nicht für den Einsatz von freiwilligen Hilfspolizisten, die für 14 Mark/Stunde dort patrouillieren sollen, wo ohnehin keine Gefahren drohen. Nach einer kurzen Ausbildung sollen zehn in Marburg und ebensoviel im Rest des Kreises versuchsweise das „subjektive Sicherheitsgefühl“ der BürgerInnen verbessern. Dieses stieß sowohl auf heftige Kritik des grünen Stadtverordneten Thilo Siewer als auch von Mario Ferranti von der AIDS-Hilfe, der dafür plädierte die Zivilcourage der BürgerInnen zu fördern statt zweifelhaftes Hilfskräfte einzusetzen.

Obwohl bisher noch kein Gesetz verabschiedet ist, hat die Polizei die Stellen bereits ausgeschrieben und 76 Bewerbungen erhalten.

Charly Gaul

Eine studentische „Heldentat“

Vor 80 Jahren ermordeten Marburger Burschenschafter 15 Arbeiter in Thüringen

BARFÜSSER STRASSE 50

Kommt die Tram?

Mitte März berichteten Vertreter aus Würzburg, Saarbrücken, Zwickau und Kaiserslautern auf einem Hearing der Stadt über ihre Erfahrungen mit Strassen- und Stadtbahnen. Die Veranstaltung war bereits vor Jahren vom Verkehrsforum gefordert worden. Auf Antrag der PDS/ML hatte das Stadtparlament 1999 schließlich dem Anliegen zugestimmt.

Dass Straßenbahnen über viele Vorteile gegenüber Bussen verfügen, machten die Experten deutlich. Durch ihre Schnelligkeit und Bequemlichkeit bieten sie eine echte Alternative zum Pkw-Verkehr.

Rentabel könnte die Straßenbahn auch für Marburg sein, wenn sie als Stadtbahn auf dem bestehenden Schienennetz verkehrt und die Region einbezieht. Gerhard Schmidt vom Fahrgastverband Pro Bahn schlug ein System vor, das Marburg, Gießen und Wetzlar einbezieht.

Die Investitionskosten für die Wiedereinführung der Tram sind zwar hoch, doch tragen Bund und Land 80 Prozent davon, und steigende Fahrgastzahlen lassen höhere Erträge als bei Bussen erwarten.

Das Hearing hat unter Beweis gestellt, dass eine Stadtbahn für Marburg und die Region sinnvoll sein kann. Jetzt kommt es darauf an, dass der Magistrat den zweiten Teil des Beschlusses von 1999 umsetzt und „Stadtbahn-Konzepte für Marburg im Rahmen eines Verkehrsentwicklungsplans detailliert prüfen“ lässt.

Lidl ohne Chance?

Laut OB Möller hat die Firma Lidl & Schwarz keine Chancen, auf einem Gelände nördlich des neuen Messegeländes am Afföller, das vom Land verkauft werden soll, einen Supermarkt zu errichten. Die SPD-Fraktion hatte am 31. März von Magistrat und OB verlangt, die Beschlusslage der Stadt durchzusetzen. Das Stadtparlament hatte 1999 festgelegt, dass auf der „grünen Wiese“ kein großflächiger Einzelhandel mit „innenstadtrelevantem Angebot“ (z.B. Lebensmittel) mehr genehmigt werde.

Die stadteigene SEG hatte ebenfalls ein Angebot für das Gelände unterbreitet. Lidl & Schwarz war aber bereit, eine dreimal höhere Summe zu zahlen. Möller hofft, dass durch Verhandlungen mit Wiesbaden die SEG dennoch zum Zuge kommt. Er erklärte außerdem, dass Lidl ebenfalls keine Chance habe auf dem Gelände der ehemaligen Gärtnerei Pötschke in Ockershausen, das die Firma bereits erworben hat, großflächigen Einzelhandel zu betreiben.

mit ihren Korporationsfahnen zogen die studentischen „Zeitfreiwilligen“ in den Bürgerkrieg – begleitet von markigen Worten des Marburger Rektors, der den Geist von 1914 beschwor. Zu ihrer Enttäuschung herrschte in Thüringen friedliche Ruhe. In Ermangelung von „Feindberührung“ verhafteten sie in Bad Thal 15 Arbeiter. Sie waren ihnen als „Rote“ denunziert worden. Die Waffen, die man bei ihnen suchte, wurden nicht gefunden. Die Gefangenen, deren einziges Verbrechen darin bestanden hatte, die Republik gegen die Putschisten verteidigt zu haben, wurden zunächst nach Sattelstädt gebracht und sollten von dort nach Gotha transportiert und vor ein Kriegsgericht gestellt werden. Im Morgengrauen des 25. März entledigte man sich ihrer kurzerhand: Alle 15 Gefangenen wurden am Ortsausgang von Mechterstädt von den „Zeitfreiwilligen“ der Stukoma erschossen. Die Leichen ließ man auf der Straße liegen.

Das Verbrechen löste große Empörung aus. Unter großer Anteilnahme der Bürger wurden die Toten auf dem Friedhof von Bad Thal beerdigt. Zu ihren Ehren ließ man eine Gedenkstein anfertigen, der die Inschrift trug: „Dem Andenken unserer am 25. März 1920 im Kapp-Putsch von den Marburger Studenten bei Mechterstädt erschossenen 15

Genossen von Bad Thal gewidmet von der Arbeiterschaft Ruhlas, Bad Thal und Umgebung.“ Diese Zeilen erregten das Missfallen der Universität Marburg, doch erst nach 1933 gelang es ihr, den Verweis „im Kapp-Putsch von den Marburger Studenten“ tilgen zu lassen. Heute trägt die Tafel wieder die ursprüngliche Beschriftung. Zum 30. Jahrestag des Mordes an den 15 Thaler Arbeitern wurde 1950, an der Stelle, wo der Mord geschah, ein Stein mit deren Namen enthüllt. (...)

Auf Druck der Öffentlichkeit war es zwar zu einem Prozess, zunächst vor dem Kriegsgericht in Marburg, gekommen. Auf der Anklagebank saßen, neben dem Hauptangeklagten



Gedenkstein für die 15 Ermordeten in Bad Thal

Leutnant Goebel 14 Studenten, darunter vier Studenten der Rechtswissenschaft, neun Mediziner und ein Philologe – nach Ansicht ihres Verteidigers Dr. Luetgebrune allesamt anständige, gebildete Menschen. Das Marburger Gericht folgte dieser Auffassung und sprach die Angeklagten frei. Auch die Verhandlung in zweiter Instanz vor dem Außerordentlichen Schwurgericht in Kassel geriet zur Farce und endete mit einem Freispruch. (...)

Die an der Mordtat beteiligten Studenten konnten unbehelligt ihr Studium fortsetzen; sie machten Karriere in der Weimarer Republik und viele von ihnen auch nach 1933 unter Hitler. (...) Erika Sophie Schwarz (Aus Neues Deutschland, 25./26.3.2000)

Die Mörder wurden nicht bestraft, die Untat blieb ungesühnt. Dabei gibt es kaum ein politisches Verbrechen, das so genau, geradezu minutiös dokumentiert ist, wie die Ermordung jener 15 wehrlosen unbewaffneten Zivilisten aus Bad Thal am 25. März 1920 ausgangs des Dorfes Mechterstädt. Nicht nur die Namen der Toten, sondern auch die ihrer Mörder waren schon 1920 bekannt. Die Verantwortlichen bzw. an dem Mord unmittelbar Beteiligten rühmten sich offen ihrer „Heldentat“. (...)

Das Verbrechen geschah wenige Tage nach der Niederschlagung des Kapp-Putsches durch den entschlossenen Widerstand von Arbeitern, Angestellten und verfassungstreuen Bürgern. Die Nachricht vom Putschversuch war von reaktionären Studentenverbindungen begeistert aufgenommen worden. Sie sahen den Tag für die Abrechnung mit den „Novemberverschlechtern“ gekommen. Bereits im September des Vorjahres hatten sich die schlagenden Verbindungen auf Anregung der Reichwehrbrigade Kassel zum Studenten-corps Marburg (Stukoma) zusammengeschlossen. Nun übernahm der Fregattenkapitän a.D. Bogislaw v. Selchow dessen Führung und vor allem die Organisation ihrer Bewaffnung. Durch zwei Offiziere hatte Kapp mit der Stukoma Verbindung aufgenommen.

Die Nachricht vom Scheitern des Putsches und der Flucht von Kapp nahm man in Marburg zunächst mit Unglauben und dann mit dumpfer Wut auf. Da erreichte die Studenten am 19. März 1920 ein Appell des Majors Freiherr v. Schenk, der die Reichwehr-Truppen in Marburg, einschließlich der „Zeitfreiwilligen“ unter den Studenten aufrief, gegen den „Aufbruch in Thüringen“ zu Felde zu ziehen.

Innerhalb kürzester Zeit stand ein Bataillon von mehr als 1000 Mann, eingekleidet in feldgraues Tuch, versehen mit Waffen und Bagage, zum Abmarsch bereit. Unter Musik und

2.031 rechtsextremistische und antisemitische Straftaten

Nach Vorlage der letzten Antworten der Bundesregierung auf die regelmäßigen PDS-Anfragen ergibt sich für 1999 eine erschreckende Bilanz: 1.457 rechtsextremistische und 574 antisemitische Straftaten. Drei Tote, 327 Verletzte, 37 Störungen der To-tenruhe (also Schändungen jüdischer Grabstätten), 29 Brandanschläge so-

wie 48 antisemitisch motivierte Sachbeschädigungen dokumentieren die anhaltende Gewaltbereitschaft von Rechtsextremisten und Antisemiten.

Die Polizei ermittelte 1.594 Tatverdächtige, 127 mehr als in 1998. Nur 297 wurden festgenommen, 87 kamen in Untersuchungshaft.

wann & wo

Vor-Mai-Feier des DGB

20.00, A-capella-Chor „Total Oral“
22.00, Konzert mit den Bands Crimson Moon,
Otherwise, Uniper Pilot
So., 30. April, Theater Schwanhof

1. Mai

10.30, Demonstration ab DGB-Haus
11.00, Kundgebung auf dem Marktplatz
13.00, Fest am Schwanhof

Keine NPD-Demo in Wetzlar!

Mo., 1. Mai, 9.30, Sternmarsch in Wetzlar
Busabfahrt: 8.15, DGB-Haus

Die Zukunft der kommunistischen Bewegung in Deutschland

Referent: Heinz Stehr, Vorsitzender der DKP
Veranstalter: DKP Marburg
Mi., 3. Mai, 20.00, Marburger Forum, Schwanallee 27-31

Europäischer Protesttag zur Gleichstellung Behinderter

Veranstaltung der AG „Gemeinsam leben – gemeinsam lernen – zur Fortentwicklung des gemeinsamen Unterrichts in Hessen“
Fr., 5. Mai, 17.00, Marktplatz

Antifaschistischer Abend

Lyrik und Musik
Veranstaltung des Antifa-Ratschlags
So., 7. Mai, 20.30, Cavete

Seminar „Sozialgesetzbuch III“

Administratives Instrument der Gängelung und Bekämpfung von Erwerbslosen
Veranstalter: AK Erwerbslose im DGB
(Krummbogen 2, 35039 Marburg)
8.-10. Mai, Astra-Tagungshaus in Fronhausen

Die Mahnmal-Debatte

55. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus
Referent: Rayk Wieland (Konkret)
Veranstalter: Bündnis gegen Rechts
Mo., 8. Mai, 20.30, KFZ

Sozialberatung bei der PDS

Mittwochs, 18-19 Uhr, PDS-Büro

Impressum

NEUES MARBURG

Herausgegeben von: PDS Marburg-Biedenkopf

Redaktion und Vertrieb: PDS, Weidenhäuser Str. 78-80, 35037 Marburg, Tel./Fax: 06421-163873

Redaktion: Renate Bastian, André Berg, Nico Biver (verantwortlich), Rainer Schlaf

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Titel, Zwischenüberschriften und Vorspanne stammen in der Regel von der Redaktion.

Layout: Nico Biver (Gestaltung), Rainer Schlaf

Druck: Hitzeroth Druck + Medien GmbH & Co. KG

Anzeigen: Anzeigenpreise auf Anfrage

Redaktionsschluss: 22. April 2000

Charming Boy

Der talentierte Mr. Ripley in knatschbunt

Mein zweiter Name ist Tom Ripley“ scherzten wir Ende der 70er. Doch so richtig hart wurde unsere „dolce vita“ erst am Abend. Wim Wenders hatte seinen Amerikanischen Freund (Ripleys Game) im Kasten, mit Dennis Hopper als Tom Ripley. Der war ja schließlich Kult seit Easy Rider. Geschlaucht von der Mister-Ripley-Party, der hippen & inflationären, wie vor ein paar Jahren die Groucho-Marx-Parties. Da hilft nur eins: Die stets elegant in Prawda gewandete Patricia Highsmith lesen. Ihre Story: Ripley träumt vom Leben in Luxus. Ein US-Milliardär schickt ihn nach Italien, um seinen Sohn Dickie zur Heimkehr zu bewegen. Tom beneidet Dickie so sehr um seinen Bimbos, dass er ihn abmurkst und dessen Identität annimmt.

Ein Best-Of-Italia Made in Hollywood ist draus geworden in der Regie von Anthony Minghella. Gedreht wurde in Rom, Neapel, auf



den Inseln Ischia und Procida. Klischeeerfüllung im Geier Sturzflug. Wer Klischees und Stereotypen ausstellt, bleibt leicht dran kleben. Der Herr Regisseur klebt gut daran, angepappt wie eine Klette. Dieses Gefälle zwischen dem Paradies des „dolce far niente“ und der mörderischen Hölle wurde von Minghella nicht herausgearbeitet, nicht einmal smart angedeutet. Ein selbstgefälliges Remake in überbordendem Kitsch.

An René Clements Ripley-Verfilmung von 1959 „Nur die Sonne war Zeuge“, mit einem überzeugenden Alain Delon als eiskaltem Ripley reicht diese Verfilmung nicht heran.

Diesem Remake mangelt es an Werkreue. Der Ripley Darsteller Matt Damon ist im Vergleich zu Alain Delon schlicht ergreifend Griesbrei. Ein handzahrer Gesichtsvermieter, schrill eingedämmt in seiner Birne. Die glatte Fehlbesetzung. Die Oskarpriesträgerin Gwyneth Paltrow als Marge (Ripleys Freundin) glänzt als Schlaftablette, mit romantischen Mätzchen und Mangel an Vertiefungskraft.

Anschließend im ONSALE-Secondhand. „Der Ripley tappert



prasseldumm durchs Filmgeschehen“ muss der charmante Chef dringend mal wegmelden. „Stimm mal haargenau. Die schicken Klamotten hat er von hier,“ lärmst die runderneuerte fesche Elfe aus Zwölfenbein. Prüfend die knallenge Nieten-Jeans im Spiegel. Die seeligen sixties are back.

Olle Blueser John Lee Hooker schrammelt dazu sein „I'm in the Mood“. Mit Brunnfbariton mehr geraunt als gesungen, kongenial das Tempo verschleppend. Diesmal verstärkt durch Aushilfs-Beatle Mick Schwarz. An der Schießbude Elmar Altwasser, der Charly Watts von Marburg. Mythen in Tüten oder was? Schlussakkord: Kommen zwei Flöhe aus'm Kino, sagt der eine: Geh'n wir zu Fuß oder nehmen wir uns einen Hund? Auf diesem Niveau gurkt der ganze Film Lilo Lenuschka

Schinken und Verrat

Christoph Hein und Heiner Müller auf Marburger Bühnen

Als 1989 Christoph Heins Drama „Die Ritter der Tafelrunde“ über die westdeutschen Bildschirme flimmerte, waren viele Leute fasziniert. Das Stück war noch im selben Jahr in der DDR uraufgeführt worden, und es entschlüsselte den Untergang dieses Staates. Die Tafelrunde war das Politbüro, der Gral des Kommunismus.

Da sich heute niemand mehr für die damaligen Hoffnungen und Befürchtungen interessiert, ist auch Heins Drama mittlerweile mega-out. Der britische Gastregisseur Rob Ballard versuchte dem Stück neues Leben einzuhauchen, indem er es für das Hessische Landestheater Marburg ins Zeitlose hob. Der Gral ist jetzt das Ziel irgendeines ewigen Strebens, die Leute von der Tafelrunde sind eine Art Zufallsgesellschaft, deren Mitglieder sich mit Ehebruch und wirren Reden die Zeit vertreiben, mit Schwertern fuchtelnd sowie seltsame Lichteffekte verursachen.

Weil dies alles im Gemäuer des Fürstensaals im Landgrafenschloss stattfindet, ist der Aufwand unentrinnbar ins Mittelalter zurückgestopft. Jetzt erst merkt man – anders als 1989 – dass das Personal Ginevra, Jeschute, Kunneware heißt. Man spricht Wagalaweia. Aus einem Zeitstück ist ein grauenerregender Historienschinken geworden. Die Schauspielerinnen und Schauspieler können einem leid tun.

Für die Inszenierung der Szenenfolge „Die Schlacht“ im Theater am Schwanhof wirbt u.a. ein Plakat, das die beliebtesten Schlager der dreissiger und vierziger Jahre verheißt. Damit ist schon eines der Risiken des Heiner Müller benannt: er hat zuweilen nur Regie-Vorlagen geliefert, in welche allerlei Jokus hineinkompo-



Heiner Müller

niert werden kann. So ist denn etwa die Hälfte der Darbietung nicht vom Dichter, sondern vom Dramaturgen. Es empfiehlt sich bei diesem Stück besonders, vorher die Druckfassung zu lesen. (Aber das sollte man ja ohnehin vor jedem Theaterbesuch tun.)

Dabei stellt sich der Kern der Sache sehr deutlich dar: es ist der Verrat. Der Bruder verrät den Bruder, die Frau den Mann, der bislang hundertfünfzigprozentige Parteigenosse den toten Führer, Soldaten fressen ihren Kameraden auf. Das Publikum sitzt an blau-weiß gedeckten Wirtshaustischen, und ihm ist gestattet, Brezeln zu essen und Bier zu trinken. So werden wir zu Volksgenossen und verraten irgendwie auch irgendetwas. Nicht politically correct, aber ein starker Text und eine gute Inszenierung (von Frank Damerius) – zur Freude für die Schauspielerinnen und Schauspieler und fast zum Mitschunkeln für die Leute auf den Zuschauerbänken.

Georg Fülberth

Streife rastlos herum, nur du bist mein Ziel. Deine Augen! Dein Lächeln! – Total Emma Peel. Von wegen! Vor dem Grandhotel Abgrund möglichst risikofrei dem Denken nach gehen können oder eben zu „butch femme“? Eine lesbische Kult-Tour.“ So, netterweise hochgegriffen, nennt sich eine Ausstellung der Hamburger Photographin Anke Feja im Cafe am Grün vulgo das Rote Stern Cafe. Jener Lokalität also, wo all die ach so mutlosen Untertanen der Kohldiktatur ihr Unbehagen in der Politik behaglich aussitzen und im Nachwuchszeugen fleißig sich verausgaben. Potenzprotz & Tiger Tom Jones bringt dazu Brunftschreie, die mit einem federnden Beat unterlegt sind. Der alte Sack röhr political correct sein „Sex bomb“ unterstützt von spritzigen Bläsersätzen.

„Ein Werk ist in erster Linie das Ergebnis einer Spontaneität.“ Federico Fellini. Sie hat „sich's gerichtet“, wie die Wienerin sagt, und ist auf dem halben Weg im photographischen Mainstream versackt. Leistet sich frei nach Konrad Adenauer „keine Experimente“. Also gegängelter Zauber für die literarisch, belletristisch prüden Horden.

Zu sehen sind Figürlichkeiten – diese dünnen Botticelli-Typen, die das moderne Zeitalter bevorzugt. Allemamt könnten sie Modejournalen entspringen sein oder eben Kookai, Jil Sander und dergleichen. Was ähnlich eine 54jährige Lesbe im Ausstellungsbuch auf's heftigste kritisiert. Schon mal was von der Schönheit des Alterns gehört? Vermisse rafaeli-

tische Gesichter, dito edel gealterte Frauen, die eine heitere Gelassenheit ausstrahlen, eine reife Erotik. Starke Frauen (empfehlenswerter Photoband) fehlen ebenso, wie von der wirklich großartigen Herlinde Kölbel portraitiert.

Anke Fejas Fotos sind in schwarz-weiß gehalten. Eine hilfreiche Konvention sicherlich. Nix da mit einer



scheinbaren Ähnlichkeit wie im Farbfilm. Da tummeln sich Szeneslesben mit militärisch kurzgehaltenem Haarschnitt, die das übliche Klischee transportieren mit entsprechendem Outfit (dito Anke Feja). Wo es doch außerhalb dieser Szene eine Mehrheit von unterschiedlichsten Lesben gibt. Warum Hetero-Frauen ausgrenzen? Wo die meisten ihre ersten sexuellen Erfahrungen mit Frauen gemacht haben. Ihre Prioritäten

Charming Girls

Lesbische Photographica im Café Roter Stern

aus Erfahrungen nebst gesellschaftlichen Zwängen dann anders gewichtet haben. Außer acht lassend die Bi-Frauen. Schauspielerin Inge Meysel (89) empfiehlt: „Wer nichtbisexuell ist, verpasst doch das Beste. Ich finde, man hat nur ein Leben und muss alles ausprobieren. Sonst stirbt man doch verblödet.“ Schauspieler O.W. Fischer (85) zum Thema: „Jeder Mann hat die Weiblichkeit in Reserve, jede Frau die Männlichkeit.“

A bisserl positiv wird's doch noch: Da sind zwei charming girls, langhaarig. Die eine mit Kulturwindel (Schlips), weißem Hemd und schwarzer Hose bedresst, die andere gibt lady like die la femme. Spielerisch und voller Lebensfreude im Umgang mit Schminkspiegel und Nagelfeile. Die zwo legen gesteigerten Wert auf „die Herrentorte, die wir den Butches immer sonntags backen.“ Voila! Diese vier Photos sind ein Kracherl und die Motivklingel läutet wegweisend. Eine Runde nachkolorieren bitteschön.

Zu guter Letzt ein Bonmot, der gerne unter Bi- und Hetero-Frauen weitergereicht wird: Warum sind viele Frauen so sauber? Weil sie mit einem Waschlappen ins Bett gehen. Und als Bethupferl: Der Weg ist das Ziel – und Spirit of Mrs Peel ein Roadmovie. Lilo Lenuschka

PDS & Co.

2. Forum „PDS/Marburger Linke im Dialog“
AGs zu Sozial- und Schulpolitik
Sa., 29. April, 14-18 Uhr, DGB-Haus

AK „Grundlagen sozialistischer Politik“
Di., 2. Mai, 19.30 Uhr, PDS-Büro

Plenum PDS/Marburger Linke
Thema: Kommunalwahlprogramm
Do., 4. Mai, 20.00, PDS-Büro

PDS-AG Kreistagswahlen
Di., 9. Mai, 18.00, PDS-Büro

Öffentliche PDS-Versammlung
Di., 9. Mai, 19.30, PDS-Büro

Landesjugendtreffen [‘solid] die sozialistische Jugend
Kontakt: Stefan Kullmann, 069-944 11 099
12.-14. Mai, Frankfurt/M., Jugendhaus Rödelheim

3. Forum „PDS/Marburger Linke im Dialog“
AGs zu Verkehrspolitik und Kulturpolitik
Sa., 13. Mai, 14-18 Uhr, DGB-Haus

Plenum PDS/Marburger Linke
Thema: Kommunalwahlprogramm
Di., 16. Mai, 20.00, PDS-Büro

Alternativen zum Steuerpaket
Mit Barbara Höll,
finanzpolitische Sprecherin der PDS-Fraktion
Di., 30. Mai, 20.00, PDS-Büro

Regelmäßige Termine

PDS-Hochschulgruppe
An jedem 1. und 3. Mittwoch des Monats, 20 Uhr, PDS-Büro

Offenes Treffen von [‘SOLID], die Sozialistische Jugend
Jeden Montag, 19.00, PDS-Büro

Ist das Boot jetzt leer, Herr Schily?

Wenn die Wirtschaft ruft, öffnen sich die Grenzen, aber nicht für Menschen in Not

Zur Diskussion um ein Einwanderungsgesetz und die von der Bundesregierung geplante befristete Arbeiterlaubnis für 20.000 ausländische IT-Spezialisten erklärte die innenpolitische Sprecherin der PDS-Bundestagsfraktion Ulla Jelpke:

Wenn Menschen in Not waren, bekam die Öffentlichkeit bisher von Innenminister Schily sowie von CDU-CSU-Politikern zu hören: Die „Grenze der Belastbarkeit ist erreicht“. Wenn aber die Wirtschaft ruft, ist das Boot sofort leer. Diese Haltung des SPD-Innenministers und seiner CDU/CSU-Kollegen Beckstein, Stoiber, Rüttgers ist nicht nur inhuman. Sie ist auch hinterwäldlerisch und provinziell.

Die Bundesrepublik ist seit Jahrzehnten ein Einwanderungsland. Das wird auch in Zukunft so sein. Erst kürzlich haben UN-Experten für die EU-Länder einen Netto-Einwanderungsbedarf von einer halben Million

Menschen pro Jahr errechnet. Die PDS ist schon immer für offene Grenzen für Menschen in Not eingetreten. Ich begrüße deshalb auch jede Lockerung von Einreisesperren.

Das Vorgehen der Bundesregierung aber lehne ich ab. Auf das Geschrei der IT-Lobby hin Arbeitskräfte zu Dumpinglöhnen, ohne Niederlassungsrecht und Familiennachzug im Ausland befristet zu rekrutieren, ist eine neue Form von Inhumanität. Die Hire-and-Fire-Politik der IT-Branche, die Menschen feuert, nur weil

sie älter als 40 Jahre sind, darf nicht noch von der Politik unterstützt werden. Vielmehr muss die Ausbildung von Arbeitslosen, jungen Menschen, von Migranten und Flüchtlingen verstärkt werden.

Es darf nicht sein, dass wir die vermeintliche Elite künftig weltweit heuern, Arme, Flüchtlinge und Menschen in Not dagegen weiter feuern.

Nötig ist eine demokratische Migrations- und Flüchtlingspolitik. Das Arbeitsverbot für Flüchtlinge muss fallen. Die Abschiebungen müssen aufhören. Die Diskriminierung von Migranten bei der Arbeitsvermittlung muss aufgehoben werden. Wer hier arbeiten und sich niederlassen will, muss volle politische und gewerkschaftliche Rechte haben und die deutsche Staatsbürgerschaft ohne Schikanen erwerben dürfen. Das wäre eine humane Wende.

Ulla Jelpke



PDS Weidenhäuser Straße 78-80, 35037 Marburg Tel./Fax: 163873
Kreisverband Marburg-Biedenkopf Bürozeiten: Mo.-Do., 12-19 Uhr

Kupong
Ja, ich will

- das NEUE MARBURG bekommen
- zu PDS-Treffen eingeladen werden
- Mitglied der PDS werden

| | |
|--------|--------------|
| Name | Vorname |
| Straße | Ort |
| Datum | Unterschrift |

Kurz & bündig

Berliner PDS-Chefin von Verfassungsschutz bespitzelt

Die Berliner PDS-Vorsitzende Petra Pau ist laut einem „Spiegel“-Bericht offenbar vom Verfassungsschutz bespitzelt worden. Wie das Blatt schreibt, sei der Ex-MfS-Offizier Günter Schachtschneider, der inzwischen als Verfassungsschutzspitzel aufgeflogen ist, im Wahlkampfbüro von Petra Pau ein- und ausgegangen, denn er habe einer Antifa-Gruppe angehört, die das Büro mitgenutzt habe. Er soll auch Konflikte zwischen der PDS und linken Organisationen geschürt haben.

Jede achte Mark für's Auto

Die privaten Haushalte haben 1998 insgesamt 312 Mrd. DM für Verkehr ausgegeben. Dies entspricht 15,2 % ihrer gesamten Ausgaben. 88 % der Verkehrsausgaben entfallen auf den Kauf und Unterhalt von Pkws und lediglich 12 % (1970: 18 %) auf den öffentlichen Verkehr.

Drei Viertel aller Haushalte sind motorisiert. 16,7 % verfügen über einen Zweit- und 2,4 % über einen Drittwagen. Haushalte mit weniger als 1.400 DM Nettoeinkommen haben nur zu einem Drittel ein Pkw.

Verkehr bremsst Klimaschutz

Einer Studie der Bundesregierung zufolge wird Deutschland seine Verpflichtung, bis 2005 den CO₂-Ausstoß um 25 Prozent zu verringern, nicht erreichen. Seit 1990 wurde nur ein Rückgang um 14 Prozent erreicht, der zu einem großen Teil auf den Zusammenbruch der ostdeutschen Industrie zurückzuführen ist. Beim Verkehr ist jedoch eine Zunahme der Emissionen um 11 Prozent errechnet worden.

Wahlprüfungsgericht unter CDU-Beschuss

Das hessische Wahlprüfungsgericht, das die Gültigkeit der Landtagswahlen von 1999 nach der CDU-Finanzaffäre erneut überprüft, wird von der Landesregierung unter Druck gesetzt. Nachdem Befangenheitsanträge gegen die Richter nicht zum Erfolg führten, will Wiesbaden eine Klage anstrengen, um die Verfassungsmäßigkeit des Gerichts überprüfen zu lassen. „Der Versuch über eine Normenkontrollklage die Arbeit des Gerichts zu be- oder verhindern, zeigt erneut einen sehr fragwürdigen Umgang mit geltendem Recht und Gesetz“ erklärte Pit Metz von der Initiative „Neuwahl in Hessen“.

Gebührenfrei statt vogelfrei

PDS unterstützt Protest gegen Hochschulgebühren mit Gesetzentwurf

Das Aktionsbündnis gegen Studiengebühren überreichte am 3. Februar 2000 der Bundesbildungsministerin Edeldgard Bulmahn 120.000 Unterschriften gegen Studiengebühren, davon allein 110.000 von Studierenden. Die Bundestagsfraktion der PDS unterbreitete im März einem Entwurf für ein „Gesetz zur Sicherung der Gebührenfreiheit des Hochschulstudiums“.

Geht es nach dem Willen der PDS-Bundestagsfraktion, soll das geltende Hochschulrahmengesetz wie folgt geändert werden: „§ 21 Gebührenfreiheit. Das Studium an

den Hochschulen ist gebührenfrei.“

Sollte der Antrag im Bundestag angenommen werden, wäre mit sofortiger Wirkung die Erhebung von Studiengebühren illegal. Für Zweitstudium, Promotionsstudiengänge und Langzeitstudierende dürften ebenfalls keine Studiengebühren erhoben werden.

Die momentane politische Lage gibt wenig Anlass zur Hoffnung, dass dieser Gesetzentwurf angenommen wird. Den Vorschlag des rheinland-pfälzischen Bildungsminister Jürgen Zöllner (SPD), sogenannte „Bildungsgutscheine“ einzuführen, schließt Bundesbildungsministerin Bulmahn (SPD) nicht mehr aus. Das

Bildungsgutschein-Modell würde bedeuten, dass alle, die mehr als ihre Pflichtvorlesungen und -seminare besuchen, dafür Gebühren bezahlen müssten. Gebühren muss auch bezahlen, wer die Durchschnittsstudienzeit überschreitet.

Auch der hochschulpolitische Sprecher der Grünen im Bundestag Berninger spricht sich seit Neuestem für Studiengebühren aus. Die CDU/CSU lehnt einen bundesweiten Ausschluss von Studiengebühren kategorisch ab. In Hessen steht die schwarz-gelbe Regierung kurz vor der Einführung von Studiengebühren.

So ist die PDS die einzige im Bundestag vertretene Partei, die Studiengebühren kategorisch ablehnt, weil diese unsozial und elitär sind, sowie gegen die Chancengleichheit im Bildungsbereich verstoßen. Die Regierung hat ihr Wahlversprechen eines Verbots von Studiengebühren bisher ebensowenig eingehalten wie schon zuvor die geplatzte BAFÖG-Reform.

Um Druck auf die Bundesregierung zu machen finden am 7. Juni bundesweit drei Demonstrationen statt.

Treffpunkte sind Berlin 14.30 Uhr Alexanderplatz, Köln 13.00 Uhr Neumarkt und Stuttgart 13.00 Uhr Keplerstrasse. Es wird versucht, von Marburg einen Bus nach Köln zu organisieren. Infos gibt's im PDS-Büro oder bei Treffen der PDS-HSG (jeder 1. und 3. Mittwoch im Monat 20 Uhr im Büro) Steffi Götze



Bald nur noch offen für zahlungskräftige StudentInnen?

Ein Inspektor kommt

Weil im Dezember 1999 kein Uni-Präsident gewählt werden konnte, muss es jetzt noch einmal versucht werden.

Es wird wohl die sozialdemokratisch-gewerkschaftliche Richtung im Konvent gewesen sein, welche einen neuen Kandidaten aus dem Hut zog. Er heißt Klaus Faber. Mit ihm will man gegen die beiden Kandidaten der konservativen Professorenliste antreten.

In der „Oberhessischen Presse“ ist über den Neuen, einen SPD-Mann, zu lesen, er sei im damaligen Bonner Wissenschaftsministerium bis Ende der achtziger Jahre für die Ausarbeitung von Gesetzen und Sonderprogrammen zuständig gewesen. Dann habe er in Brandenburg geholfen, das Hochschulwesen neu zu organisieren. Von 1994 bis 1999 war er Staatssekretär in Sachsen-Anhalt.

Warum er das nicht mehr ist, wird nicht gesagt.

Eine solche Präsentation weckt Vorurteile. Wenn wir richtig lesen, war Herr Faber als Wissenschaftsbürokrat mit der Vorbereitung jener Hochschulrahmengesetze und anderer Regelungen befasst, welche die Unis kontinuierlich nicht besser, sondern schlechter machten und von vernünftigen Menschen deshalb bekämpft wurden. Dass er nach der Wende in den Osten ging, hebt ihn zunächst nicht von jenen West-Existenzen ab, die damals dort ihre letzte Chance suchten. Mag sein, dass eine heruntergewirtschaftete Uni in einem alten Bundesland als Endpunkt einer solchen Karriere nicht schlecht placiert ist.

Wie gesagt: das können Vorurteile sein. Denkbar ist, dass der Mann ganz gut ist, seine PR aber nicht.

Georg Fülberth

Milliardenverluste der Kommunen durch Steuerreform

Die Unternehmensteuerreform führt nach vorläufigen Schätzungen zu jährlichen Einnahmeverlusten von rund 8 Milliarden DM beim Bund und ca. 6 Milliarden DM bei den Ländern. Um diese gravierenden Ausfälle zumindest zu reduzieren, bedienen sich Bund und Länder wieder einmal auf Kosten der Kommunen. Die Bundesregierung will dazu die Gewerbesteuerumlage von derzeit 20 auf 30 Prozent erhöhen.

Insgesamt werden die Kommunen bis zum Jahr 2006 mit 12,6 Milliarden DM zur Finanzierung der Unternehmensteuerreform herangezogen. Damit sollen die Kommunen bereits ab 2004 stärker zur Mitfinanzierung dieses Gesetzes herangezogen werden, als sie derzeit am Steueraufkommen beteiligt sind. Diese Tatsache ist nicht mit dem in der Koalitionsvereinbarung erklärten Willen zur Stärkung der Kommunen vereinbar.

Ein Volk von AktionärInnen?

Wer entlassen wird, soll sich über den Kursgewinn seiner Aktien freuen



Wenn es nach den Strategen des bestehenden Systems geht, soll die Bevölkerung der Bundesrepublik ein Volk von Aktienbesitzern werden. Es wird uns eingeredet, dass jeder ohne viel Mühe reich werden könne. Wer es nicht wird, ist eben nicht clever genug. Die Konflikte um die Lohnarbeit oder gar der Klassenkampf sind out.

Wir spielen alle das Monopoly-Spiel der Börse, klatschen dem Zusammenschluss der Großunternehmen Beifall und lesen täglich die Börsenkurse. Und wenn es um unsere eigenen Arbeitsplätze geht, verfügen wir über die systemimmanente rationale Einsicht, dass sie besser wegrationalisiert werden, denn dies steigert die Rendite. Als Kapital-eigentümer und Aktienbesitzer steht für mich die Rendite im Vordergrund, und wenn mein Unternehmen in China höhere Profite abwerfen kann, dann muss die Produktion in

Deutschland eben eingestellt werden. Schließlich muss ich ja über Aktien, wie es die Bundesregierung vorsieht, meine Rente sichern, da kann ich auf ein paar Arbeitsplätze in Deutschland keine Rücksicht nehmen.

So muss ich als Aktienbesitzer denken. Doch als Arbeitnehmer stehe ich im Widerspruch zu mir selbst. Um eine ordentliche Aktiennotierung an der Börse zu erlangen, rechnen heute die Unternehmen mit einer Gewinnquote von 15-20 Prozent. Dies können die meisten Unternehmen nur erreichen, indem sie ihre Betriebe durchrationalisieren oder arbeitsintensive Bereiche der Produktion ins Ausland verlagern.

Die damit einhergehende wachsende Arbeitslosigkeit ist die eine Seite des Aktienkapitalismus. Die andere Seite soll ein Volk wohlgenährter Aktionäre sein. Aber wo sind diese reichen Aktionäre in Ihrem Bekanntenkreis? Sicher gibt es viele, die mit viel Glück wie beim Schnäppcheneinkauf hier und da eine größere Aktienwertsteigerung mitnehmen konnten. Aber wer riskiert schon einige tausend Mark, die er sich nicht vom Leben abknap-

sen kann, für eine risikoreiche Anlage? Zumal Aktionäre nur über ihre Gewinne reden und nicht über ihre Verluste. So bleibt für die meisten der schnelle Reichtum eine Illusion.

Hinzu kommt zur Zeit noch der völlig überbordende Markt der Technologiewerte. Sie sind völlig überzeichnet. Ihre Wertgrundlage hatte keine materielle Substanz. Ihre hohe Bewertung basiert meistens auf der Hoffnung, dass sie in der Zukunft sagenhafte Gewinne abwerfen werden. Realität und Phantasie liegen dabei weit auseinander. Die Vielzahl von Internet-Firmen wird sich nicht behaupten. Genauso wie in der Computerindustrie werden einige wenige übrigbleiben. Wie weit die Erwartungshaltung von der Realität entfernt ist, sehen wir an einem Vergleich zwischen der Deutschen Telekom und Daimler-Chrysler (siehe Tabelle).

In nicht allzu ferner Zukunft wird die Illusion der riesigen Gewinnerwartungen zusammenbrechen. Die Aktienkurse der Technologiewerte werden auf die Tatsachen zurechtgestutzt. Die Illusionen vieler kleiner Aktienbesitzer stürzen ins Bodenlose.

Mathias Lipinski

| | Deutsche Telekom | Daimler Chrysler |
|--------------|------------------|------------------|
| Umsatz | 69 Mrd. DM | 293 Mrd. DM |
| Beschäftigte | 184.400 | 460.000 |
| Gewinn | 2,5 Mrd. DM | 21,5 Mrd. DM |
| Börsenwert | 530 Mrd. DM | 122 Mrd. DM |

praktisch unbegrenzt an der Senkung der Lohnnebenkosten partizipieren können.

Am Ende werden die Unternehmen momentan Netto mit rund 2 Milliarden DM entlastet, während die niedrigen Einkommen belastet werden – und zwar durch die Bindung des Ausgleichsmechanismus an die Senkung der Lohnnebenkosten tendenziell um so mehr, je weniger sie verdienen. Bei RentnerInnen, SozialhilfeempfängerInnen und StudentInnen entfällt sogar jeglicher Ausgleich. Das ist eine Umverteilung von unten nach oben, wogegen der Anzeizeffekt für den ökologischen Umbau „gegen Null tendiert“.

Wer tatsächlich eine ökologisch und sozial nachhaltige Entwicklung vor Augen hat, muss sich gegen eine solche Diskreditierung der Ökosteuern zur Wehr setzen!

Eva Bulling-Schröter, umweltpolitische Sprecherin der PDS-Fraktion im Bundestag

• Neue Initiativen der PDS im Bundestag

- **Bilanz des Kosovo-Krieges**
- Eine bisher fehlende Auswertung des Kosovo-Krieges durch die Bundesregierung ist sowohl unter humanitären, politischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Aspekten als auch wegen der außen- und innenpolitischen Tragweite dieses Krieges dringend geboten.
- In ihrer Großen Anfrage zur Kriegsbilanz stellt die PDS-Fraktion Fragen zu Opfern, Schäden, Vorgeschichte, Kriegsergebnissen, Kosten und Rechtsfragen des Kosovo-Krieges.

• Bereinigung von politischem Unrecht im Kalten Krieg

- BürgerInnen der alten BRD, die aus politischen Gründen von Strafverfolgung und Behinderung der Berufsausübung betroffen wurden, soll endlich Gerechtigkeit widerfahren. Es geht hierbei um Rehabilitation, Schadensersatz und rentenrechtliche Regelungen sowie eine generelle Bereinigung der Berufsverbotspraxis.

• Keine Rüstungsexporte in die Türkei

- Die PDS fordert mit ihrem Antrag, angesichts der anhaltenden demokratischen und rechtsstaatlichen Mängel, keine Ausfuhrgenehmigungen für Panzer und andere Rüstungsgüter und Lizenzen in die Türkei zu erteilen oder in Aussicht zu stellen.

• Entschädigung für politisch Verfolgte der DDR

- Anerkannte entschädigungsberechtigte Opfer sollen vorgesehene Nachzahlungen ohne gesonderte Antragstellung erhalten, der Personenkreis der verfolgten Schüler in den rentenrechtlichen Nachteilsausgleich einbezogen und die Anerkennung von Gesundheitsschäden bei ehemaligen politischen Häftlingen durch die Einführung einer „Vermutungsregelung“ erleichtert werden.

• Erneuerung des BAFöG

- Mit dem Antrag sollen u.a. alle Studierenden eine am Durchschnittsbedarf orientierte Ausbildungsförderung erhalten, die nach einem „Zwei-Körbe-Modell“ finanziert wird. Bisherige Sozialtransfers (Kindergeld, steuerliche Freibeträge) sollen an Studierende ausbezahlt werden. Ein Aufstockungsbeitrag soll als staatlicher Zuschuss gewährt werden, der bei Studierenden, deren Eltern ein mehr als durchschnittliches Einkommen haben, ganz oder teilweise ein Darlehen darstellt.

• Änderung Parteiengesetz

- In Zukunft sollen nur noch natürliche Personen bis zu 30.000 DM pro Jahr spenden dürfen und diese ab 6.000 DM öffentlich deklariert werden. Spenden von juristischen Personen sollen nicht mehr statthaft sein. Strafrechtliche Sanktionen bei Verletzungen des Parteiengesetzes sollen eingeführt werden.

• KWK-Sicherung

- Nach der Liberalisierung des Strommarktes stehen viele Kraftwerke mit umweltfreundlicher Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) vor dem Aus. Mit dem Gesetzentwurf der PDS soll den bestehenden Anlagen durch einen degressiven Bonus auf ihren Strom bis 2005 die Chance zum Überleben gegeben werden.

• Vereinbarkeit Beruf & Kinder

- Mit dem Antrag soll es Frauen und Männer ermöglicht werden, Beruf und Kinderbetreuung entsprechend den Bedürfnissen ihrer Kinder und der eigenen Lebensplanung gleichzeitig oder zeitlich nacheinander zu leisten, ohne dass ihnen daraus berufliche oder arbeitsmarktpolitische Nachteile erwachsen. Erwerbstätige Eltern sollen für ein Kind bis 14 Jahren einen Rechtsanspruch auf Freistellung (als Zeitkonto) mit Lohnersatzleistung und auf Arbeitszeitreduzierung erhalten. Diese Ansprüche sollen übertragbar sein.

Ökosteuer verfehlt ihre Ziele

Gutachten: Anreize für ökologischen Umbau tendieren gegen Null

Die ablehnende Haltung der PDS zur rot-grünen Ökosteuerreform hatte bei einigen Umweltverbänden Irritationen ausgelöst. Nun bestätigt eine noch unveröffentlichte Expertise des Finanzwissenschaftlichen Forschungsinstituts der Kölner Universität (FiFo) für das Bundesumweltministerium alle wesentlichen Kritikpunkte.

Der umweltpolitische Lenkungseffekt sei „unterentwickelt“ und die Beschäftigungseffekte zu vernachlässigen, analysiert das FiFo in seinem vernichtenden Gutachten. Die Reform trage kaum zur Minderung des Treibhauseffektes bei. Schuld daran seien „unzweckmäßige Sonderregelungen“ der Gesetzes-

konstruktion. Genau diese hatte aber die PDS immer kritisiert: Soweit die zusätzliche Steuerbelastung auf Strom und Heizstoffe jeweils 1.000 DM im Jahr übersteigt, gelten dafür auf 20 Prozent ermäßigte Ökosteuersätze. Darüber hinaus können Unternehmen des produzierenden Gewerbes sich weiter entlasten: Die Stromsteuer und die Mineralölsteuer werden rückerstattet, soweit zusätzliche Steuerzahlungen die Entlastung beim Arbeitgeberanteil zur Rentenversicherung um mehr als 20 Prozent übersteigen.

Daraus ergibt sich, dass diese Unternehmen – hier gibt es die größten Energieverbraucher – letztlich 96 Prozent ihrer Stromsteuern, die sie über 1.000 DM zu zahlen hätten, rückerstattet bekommen, während sie

Das Letzte

Pfad der Tugend

Es scheint schon so zu sein: Je tiefer man im Morast steckt, um so drängender wird die Sehnsucht nach wohlthuenden Moralgebilden. Kaum waren die mafiotischen Vorgänge in der CDU bekannt geworden, hatten Worte wie Ehre und Pflicht, Verantwortung und Vertrauen Hochkonjunktur. Und die Republik versank in einer Lawine von Entschuldigungen. Bei allem was unrecht ist, so viel Höflichkeit musste schließlich sein:

Helmut Kohl verstößt gegen das Parteiengesetz – Entschuldigung, das hab ich mir erlaubt.

Roland Koch ertappt sich selbst beim Lügen – was allein schon auf seine Ehrlichkeit hinweist – trotzdem Entschuldigung.

Josef Fischer vergisst glatt, seine Partei über ein paar Hermesbürgschaften wg. Panzer oder Atomkraftwerke ins Ausland zu informieren – Tschuldung.

Nicht entschuldigt haben sich die Verantwortlichen dafür, dass sie grundgesetzwidrig die Bundeswehr in den Kosovo geschickt haben.

Völlig ohne Höflichkeitsfloskeln wurde der schnelle Ausstieg aus der Atomenergie aufgegeben.

Aber vielleicht ist das ja noch viel weniger entschuldbar als anderes.

Dennoch: Den ultimativen Einsatz für „Wahrhaftigkeit als Kernbestand der politischen Kultur“ legte in der jüngsten Sitzung am 31. März das Stadtparlament hin. Auf Antrag der Grünen verpflichteten sich die Stadtverordneten „nachdrücklich zu einem wahrheitsgemäßen Umgang mit den Bürgerinnen und Bürgern“. Und gegen Lügen müsse man ganz streng sein, wegen Kultur und jüngeren Menschen. Wenn das nicht immer schon selbstverständlich war – Gottgott, was haben die verehrten Stadtverordneten denn bisher getan?

Doch halt. Nicht alle trugen Sprechblasen vor sich her. Eine kleine Fraktion auf der Linken enthielt sich der Stimme. Glaubwürdig wird man, so Henning Köster, nicht durch Deklarationen und Schauenträge, sondern durch die Übereinstimmung von Wort und Tat, zum Beispiel bei Wahlversprechen und realer Politik.

War das schon zuviel Wahrhaftigkeit? Bei den Grünen geriet man außer sich. Da musste gleich die alte SED herhalten – und nix war's mit der politischen Kultur. Dabei hatte man sich alles so schön vorgestellt und war doch fest entschlossen, nicht mehr zu lügen.

Renate Bastian

Henkel wird zufrieden sein

Mit Steuergeschenken für Unternehmen lassen sich keine Arbeitsplätze schaffen

Ungeachtet aller Kritik aus Wissenschaft und Politik hält Finanzminister Eichel an seinem Gesetzentwurf zur Reform der Unternehmensbesteuerung und Steuersenkung fest. Hauptsache, Herr Henkel ist zufrieden.

Mit ihrer Steuerreform nimmt die rot-grüne Regierung einige „Wehrmutstropfen“ in Kauf: So positiv die Senkung des Eingangsteuersatzes oder die Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums für viele SteuerzahlerInnen, darunter auch zahlreiche ArbeitnehmerInnen, sein mögen: Ohne das Aufzeigen ihrer Gegenfinanzierung sind diese Maßnahmen unsozial. Denn die Nettoentlastung von EinkommensempfängerInnen und Unternehmen in zweistelliger Milliardenhöhe wird um den Preis eines massiven Sozialabbaus realisiert. Das ist bereits jetzt absehbar, stellt Eichel doch die Steuerentlastungspläne in einen inhaltlichen Zusammenhang mit Haushaltskonsolidierung und Abbau der Neuverschuldung bis zum Jahr 2006. Damit bezahlen vor allem Sozialhilfeberechtigte, Arbeitslose, Rentnerinnen und Rentner die Zeche.

Steuersenkung führt zu Sozialabbau

Der Trend, die Gesellschaft in eine Stammebelegschaft – die EinkommensempfängerInnen, die von den „Gaben“ der Regierung profitieren – und eine Randbelegschaft – EmpfängerInnen von Sozialtransfers, die diese Gaben durch Abstriche bei ihrer Existenzsicherung bezahlen – zu spalten, wird damit befördert.

Das Versprechen, die avisierte Reform fördere Investitionen, schaffe Wachstum und Arbeitsplätze, mag nur noch einige Blauäugige in den Regierungsparteien selbst blenden. Bereits die Erfahrungen der Ära Kohl hätten Herrn Eichel lehren müssen, dass Steuerentlastung und die Abschaffung von Steuern keine Arbeitsplätze schaffen. Zudem stehen die

makroökonomischen Daten für seine Verheißungen auf rot. Restriktive Zins-, Geldmengen- und Lohnpolitik, auch auf europäischer Ebene, sorgen dafür, dass das Klima für Investitionen nicht gerade förderlich ist. Ausbleibende Nachfrage, u. a. durch die Kürzung der Staatsausgaben und Sozialtransfers, leistet ihr übriges. Allein dadurch wird die platttarifliche Entlastung, die v. a. Besserverdienenden und Unternehmen zugute kommt, nicht die erhofften Effekte bringen.

Mit dem Gesetzentwurf zur Reform der Unternehmensbesteuerung wird dem Rückzug ertragstarker Unternehmen aus der Finanzierung des Gemeinwesens auch durch Rot-Grün weiter Vorschub geleistet. Das rechtfertigt Herr Eichel mit der „steuerlichen Belastung“ der Unternehmen

durch das Steuerentlastungsgesetz seines Vorgängers. Dabei ignoriert er, dass hier ein temporärer Effekt gegen die langfristige Entlastung durch die Steuersatzsenkung getauscht wird. Darüber hinaus wird wohl auch Herr Eichel wissen, dass gerade im vergangenen Jahrzehnt in loser Folge Steuersenkungsgesetze verabschiedet wurden, über die sich besonders ertragstarke Unternehmen freuen konnten. Eine höhere steuerliche Belastung – etwa durch die Verbreiterung der Bemessungsgrundlage – würde damit lediglich sicherstellen, dass sich diese Unternehmen, wie alle anderen Steuerpflichtigen auch, wieder an der Finanzierung gesellschaftlicher Aufgaben beteiligen.

Barbara Höll, finanzpolitische Sprecherin der PDS-Fraktion



Droge Alkohol

Auf Anfrage der PDS hat die Regierung Daten zum Alkoholkonsum im Jahr 1998 vorgelegt.

Umgerechnet auf reinen Alkohol betrug der Verbrauch 10,6 Liter pro Kopf der Bevölkerung.

Bei 1,6 Millionen Menschen wurde nach Schätzungen akute Alkoholabhängigkeit, bei 2,7 Millionen Menschen im Verlauf ihres Lebens eine Alkoholabhängigkeit durchlebt. Etwa 42.000 Menschen sterben jährlich direkt oder indirekt an den Folgen von Alkoholkonsum. Auch die Zahl der medizinischen Behandlungen steigt. 1996 fanden 213.514 Krankenhausbehandlungen infolge Alkoholpsychose, Alkoholabhängigkeit oder Alkoholvergiftung statt.

Die Bundesregierung schätzt allein die medizinischen Kosten für

Alkoholkrankheit auf jährlich mindestens 40 Milliarden DM.

Bei 28.736 Verkehrsunfällen infolge von Alkoholgenuss gab es 1998 insgesamt 1.114 Tote.

1998 nahm der Bund 5,5 Milliarden DM an Alkoholsteuern ein.

Sparen bei Flüchtlingen

Während die Bundesregierung 4,2 Milliarden Mark verschenkt, indem sie Unternehmensgewinne aus Beteiligungsverkäufen nicht besteuern will, wurden im letzten Jahr die Leistungen für Flüchtlinge eingefroren. Dabei ist eine Erhöhung gesetzlich vorgeschrieben, wenn die tatsächlichen Lebenshaltungskosten zur Deckung des Bedarfes gestiegen sind. Dass dem so ist, bestätigt auch die Ausländerbeauftragte der Bundesregierung. Nach ihrer Ansicht muss zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine Erhöhung erfolgen, die der Inflation entspricht.

Wohin steuert Eichel? Alternativen der PDS zur rot-grünen Steuerpolitik

Referat und Diskussion mit:

Barbara Höll

(finanzpol. Sprecherin der PDS-Fraktion)

Di., 30. Mai, 20.00

PDS-Büro, Weidenhäuser Str. 78-80